

Der Sturm, der über ganz Deutschland hinweg gebraust ist...

**Leverkusen und die Einführung
des Frauenwahlrechts 1918/19**



Frauenbüro der Stadt Leverkusen (Hg.)
Autorin: Christine Blasberg

Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister
Frauenbüro
Verantwortlich: Cornelia Richrath
Autorin: Christine Blasberg M.A.
Gestaltung: Gabriele Randerath

Druck:
1. Auflage: November 2019 /
Auflage 200
© Frauenbüro Stadt Leverkusen



Sehr geehrte Damen und Herren,

100 Jahre Frauenwahlrecht – auch in den Gemeinden, die später Leverkusen heißen sollten: Das ist ein wichtiges Jubiläum und ich freue mich, dass zu diesem Anlass diese Broschüre zusammengestellt wurde. Sie weist akribisch nach, was die Einführung des Wahlrechts für Frauen vor Ort bedeutete, welche Politikerinnen das passive Wahlrecht im Laufe der Zeit auf kommunaler Ebene hervorbrachte – und wie ambivalent die Haltung der meisten Männer dazu noch bis weit in das letzte Jahrhundert hinein war.

Sie zeigt, wie die meisten Parteien damals ihre neue weibliche Wählerschaft zwar umwarben, dabei aber oft nicht wirklich ernst nahmen. Sie zeigt, wie engagierte Frauen trotzdem Einfluss gewannen. Sie stellt aber auch dar, wie schlecht es gleichzeitig z.B. um Arbeitsrechte für Frauen bestellt war. Der Angestellten- und Arbeiterrat bei Bayer forderte 1928 beispielsweise, verheiratete weibliche Angestellte möglichst zwei Monate nach ihrer Verheiratung zu entlassen.

Dass die nationalsozialistische Diktatur große Rückschritte für die Frauenrechte bedeutete, wundert nicht. Nach ihrem Machtantritt 1933 entzogen die Nationalsozialisten den Frauen das passive Wahlrecht. Somit durften Frauen nicht mehr für politische Ämter kandidieren.

1945 formierte sich schnell und zum Teil aus der Nazi-Gegnerschaft eine Gründergeneration von Frauen, die die junge Bundesrepublik mit aufbauten. Die nächste Generation von Frauenrechtlerinnen rekrutierte sich aus den sogenannten 68ern, die auch für Leverkusen ein Frauenhaus aufbauten. Stadtplanung, Europa und Wohnen waren weitere Themenschwerpunkte in diesen Jahren.

Heute hat sich zwar viel getan, aber Frauenrechte sind noch längst keine Selbstverständlichkeit. Wo sie formal erkämpft wurden - wie bei uns - müssen sie immer wieder beansprucht und verteidigt werden. In vielen Staaten der Welt sind sie allerdings bis heute nicht als Rechtsgrundsatz anerkannt. 100 Jahre Frauenwahlrecht sind deshalb kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Dieses Jubiläum sollte für alle Frauen, aber auch für alle Männer, ein Signal sein, sich dafür einzusetzen, dass die Frauen unserer Welt ihre Rechte einfordern und durchsetzen können.

Ich unterstütze deshalb die Arbeit unseres Frauenbüros, das auch diese Broschüre herausgegeben hat, mit großer Überzeugung.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Richrath
Oberbürgermeister

Inhalt

Einleitung	5
Die ersten Schritte zum Frauenwahlrecht in Deutschland	6
Frauenarbeit in der Leverkusener Industrie (1914 – 1918)	10
Die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland	12
Frauenwahlrecht in Leverkusen	13
Die Kommunalwahlen von 1919	20
Die ersten Ratsfrauen in Leverkusen	24
Nach 1924: Rückzug aus der Politik	26
Nach 1933 – der Weg in die Diktatur	30
„Ein seltenes Exemplar der Gründergeneration“	31
Die Neue Frauenbewegung, die Leverkusener Kommunalpolitik und ein Ausblick	32
Übersicht über die Leverkusener Ratsfrauen	34
Der Leverkusener Stadtrat ab 1975	38

Einleitung

Als im Sommer 2017 der Film „Die göttliche Ordnung“ über die Einführung des Frauenwahlrechts in der Schweiz in die bundesdeutschen Kinos kam, hatten die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland schon seit mehr als 50 Jahren das Wahlrecht. Schon mehr als 50 Jahre? Das ist ein langer Zeitraum und doch verlief die aktive Einbindung von Frauen in die deutsche Politik sehr langsam. Mit Elisabeth Schwarzhaupt wurde 1961 erstmals eine Frau Ministerin der Bundesrepublik. Annemarie Renger wurde 1972 die erste Präsidentin des Deutschen Bundestags. Erste Ministerpräsidentin eines Bundeslandes wurde 1993 Heide Simonis. Mit Angela Merkel bekam die Bundesrepublik Deutschland ihre erste Bundeskanzlerin. Beate Klarsfeld war 2012 die einzige Frau, die für das Amt der Bundespräsidentin kandidierte. Bei der Wahl von Frank-Walter Steinmeier 2017 gab es keine Bewerberin um das Amt des Bundespräsidenten.

Die rechtlichen Einschränkungen von Frauen wurden in der Bundesrepublik nur zögerlich abgebaut. Erste Schritte in Richtung Gleichberechtigung erfolgten 1957.

Gesetze aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Kaiserzeit wurden abgeschafft oder eingeschränkt. So gingen seit diesem Zeitpunkt Ehefrauen bei einer Scheidung nicht mehr leer aus, sondern wurden an dem Vermögen beteiligt, das in der Ehe erwirtschaftet wurde. Bis 1977 durften Frauen nur dann arbeiten, wenn der Ehemann damit einverstanden war.

Grundlegende und wichtige Reformen im Sexualstrafrecht mit dem Grundsatz „Nein heißt Nein“ erfolgten erst im Herbst 2016. Die #MeToo-Debatte über sexuelle Belästigung entwickelte sich seit Jahresbeginn 2018 von den USA kommend zu einer internationalen Bewegung und zeigt, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern immer noch ein großes und wichtiges Thema ist.

Im November 2018 wurde im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein interfraktioneller Antrag von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedet. Er stellt den Weg bis zur Einführung des Frauenwahlrechts dar. Abschließend forderten die Abgeordneten aller Parteien – bis auf die AfD – u.a.: „ein Aktionsprogramm zur Stärkung der Repräsentanz von Frauen in Ämtern in der Politik zu etablieren.“¹ Die engagierten Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht hätten dies sicherlich mehr als begrüßt.

¹ <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4291.pdf>, abgerufen am 11. Januar 2018.

Die ersten Schritte zum Frauenwahlrecht in Deutschland

Es war ein langer Weg bis zur Einführung des Frauenwahlrechts am Ende des Kaiserreichs und zu Beginn der jungen Weimarer Republik. Mehr als 50 Jahre wurde in Deutschland erbittert über dieses Grundrecht der Frauen diskutiert.²

Pionierin war die Sächsin Louise Otto Peters (1819-1895), deren 200. Geburtstag im März 2019 gefeiert wurde. Nachdem sie mit 17 Jahren Vollwaise geworden war, verdiente sie ihren Lebensunterhalt durch Publikationen unterschiedlicher Art. Nach der März-Revolution wurde sie Herausgeberin der Frauen-Zeitung mit dem Motto „Dem Reich der Freiheit werbe ich Bürgerinnen“. Sie publizierte über gesellschaftliche Missstände zu Ungunsten der Frauen – und für eine Einführung des Frauenwahlrechts. An der Spitze des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) verfolgte sie dieses Ziel kontinuierlich weiter.



Die ersten Frauenrechtlerinnen in Deutschland

In Hamburg gründeten die beiden Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg (1867-1943) und Lida Gustava Heymann (1868-1943) 1902 den „Deutschen Verein für Frauenstimmrecht“, der sich 1904 dem „Weltbund für Frauenstimmrecht“ anschloss. Insgesamt war die Bewegung für

die Einführung des Frauenwahlrechts gespalten in konservative, liberale oder linke Verbände mit eigenen Zeitungen.

² Zu diesem Thema gibt es zahlreiche Darstellungen. Lesenswert sind Kerstin Wolff: Unsere Stimme zählt: Die Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts, Überlingen 2018 sowie aus englischer Sicht: Michaela Karl: „Wir fordern die Hälfte der Welt“: Der Kampf der Suffragetten um das Frauenstimmrecht, Frankfurt/Main 2009.



Die Geschichte aller Zeiten [...] lehrt: daß diejenigen auch vergessen wurden, welche an sich selbst zu denken vergaßen!“
Louise Otto-Peters

Ihr Ziel: Frauen sollen das Wahlrecht bekommen. Die Ausgestaltung war wieder sehr unterschiedlich. Der „radikale“ Flügel der Bewegung forderte die gleichen politischen Rechte während „bürgerliche“ Flügel die Einführung eines „Damenwahlrechts“ forderten – analog zu dem Drei-Klassenwahlrecht in Preußen.³ Diese Spaltung prägte die Frauenbewegung bis 1933 und verhinderte das gemeinsame Durchsetzen von Ideen und Projekten.

Ein erster Meilenstein war 1869 die deutsche Veröffentlichung des Buches „Die Hörigkeit der Frau“ (The Subjection of Women) von John Stuart Mill (1806-1873). Mill setzt sich in seiner Publikation mit der damals gültigen These auseinander, dass Wesen und Verhalten von Frauen und Männern aus naturgegebenen Gründen unterschiedlich sei.

Er schrieb:

„Ebensowenig Vorteil wird es mir bringen, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß diejenigen, welche den Frauen Freiheiten und Privilegien vorenthalten wollen, die den Männern rechtlich gewährleistet sind, sich dem zweifachen Verdacht aussetzen, die Freiheit beeinträchtigen und die Parteilichkeit empfehlen zu wollen, daß von ihnen deshalb die strikteste Beweisführung in ihrer Sache zu fordern sei, und wenn dieselbe nicht so geführt werde, daß sie absolut jeden Zweifel ausschließe, der Urteilsspruch gegen sie ausfallen müsse.“⁴

Aus diesen Überlegungen leitet er die Forderung ab, das Wahlrecht für Frauen einzuführen.



³ Gisela Notz: „Geächtet, verfolgt und inhaftiert. Der Kampf der Sozialistinnen und das Frauenwahlrecht“ in Bernd Hüttner/Axel Weipert (Hg): Emanzipation und Enttäuschung. Perspektiven auf die November-Revolution 1918/19, Bremen/Berlin 2018, Seite 5 bis 11, Seite 6

⁴ John Stuart Mill: Die Hörigkeit der Frau. Abgerufen bei www.gutenberg.spiegel.de am 11. November 2018.



Wahlplakat der DVP 1920.

Schlange vor einem Wahllokal für die Wahl zur Nationalversammlung 1919.

Wahlplakat der DDP 1919.

Die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1831-1919) forderte 1876 in ihrer Publikation „Der Frauen Natur und Recht“ sehr deutlich die Einführung des Frauenwahlrechts und blieb weitgehend ungehört. Sie setzte sich in ihrem Buch ausführlich mit den fehlenden Rechten der Frauen im Deutschen Kaiserreich auseinander:

Die meisten Männer haben nun aber allen Grund mit ihrem bischen Menschenwürde, Freiheit und Willen haushälterisch umzugehen; hier zwackt ihnen der Staat etwas davon ab, dort die Familie, hier ist es Rücksicht auf die Carriere, dort sind es finanzielle Verhältnisse, die ihrer innern und äußern Selbständigkeit Fallstricke legen, und so mag es geschehen, daß der Mann von der Gleichberechtigung des Weibes nichts wissen will aus Furcht vor der Reducirung seiner Souveränität als Mensch.⁵

Und weiter:

Sie sehen sich wie Schauspieler auf der Bühne des Lebens stehen, und der Director, der liebe Gott, hat sie für das Heldenfach engagiert, für das Thatkräftige, für das Dämonische, Gewaltige und Starkgeistige – den Frauen

5 Zitiert nach <http://gutenberg.spiegel.de/buch/der-frauen-natur-und-recht-4775/1> abgerufen am 16. November 2018.

aber sind die naiven und sentimentalten Fächer zugefallen.⁶

Die Veröffentlichung endet mit den Worten:
So sind auch die Frauen frei, weil in einem Staate freier Menschen es keine Unfreien geben kann. Die Menschenrechte haben kein Geschlecht. H.D.⁷

Erst 15 Jahre später, 1891, trat die SPD in ihrem Erfurter Programm für das Frauenwahlrecht ein – ohne Wirkung.

Unklar war die Haltung der Liberalen im Deutschen Kaiserreich. Während Friedrich Naumann und der „Nationalsoziale Verein“, sich für mehr Rechte der Frauen eingesetzt hatten, standen die Linkliberalen dem Frauenwahlrecht kritisch gegenüber und fanden keine eindeutige Position dafür oder dagegen.⁸ 1919 änderte sich die Haltung: Bei den Wahlen im Januar 1919 wurden fünf DDP-Politikerinnen in die Nationalversammlung gewählt.

6 <http://gutenberg.spiegel.de/buch/der-frauen-natur-und-recht-4775/1> abgerufen am 16. November 2018.

7 <http://gutenberg.spiegel.de/buch/der-frauen-natur-und-recht-4775/1> abgerufen am 16. November 2018.

8 Jürgen Frölich: Friedrich Naumann und die Anfänge liberaler Frauenpolitik. 100 Jahre Frauenwahlrecht. Zitiert nach: <https://www.freiheit.org/friedrich-naumann-und-die-anfaenge-liberaler-frauenpolitik>, abgerufen am 16. November 2018.

Nur das Zentrum als weitere bürgerliche Partei stellte zu diesem Zeitpunkt mehr weibliche Abgeordnete – insgesamt sechs.⁹

Um 1900 nimmt die Gleichberechtigung im Kaiserreich langsam an Fahrt auf. Frauen besuchten auf Umwegen Hochschulen im Ausland oder konnten ab 1900 in Deutschland studieren sowie ab 1908 in Parteien eintreten¹⁰. Vorher schränkte das geltende preußische Vereins- und Versammlungsrecht von 1850 Frauen stark ein. Sie durften in Versammlungen nicht sprechen oder mussten sich nach Änderung ab 1902 in „Segmenten“ aufhalten, die sie durch eine Kreidelinie oder Schnur von Männern trennte. Aber das konnte umgangen werden: „Die Kölnerin Pauline Christmann trug stets ein Stück Kordel mit sich, um es in Versammlungen spontan zwischen einige Stühle zu spannen, diesen Bereich als ‚Segment‘ zu definieren und dann doch lautstark ihre Meinung zu äußern.“¹¹



Frauenarbeit in der Leverkusener Industrie (1914 – 1918)

In der Literatur finden sich immer wieder Hinweise über den vermehrten Einsatz von Frauen in der Kriegsindustrie („Frauen ersetzen die fehlenden männlichen Arbeitskräfte“)¹², durch den sich für die Frauen die Arbeitswelt geöffnet hat und letztlich die Hürden für die Einführung des Frauenwahlrechts beseitigt hat. „Die

massenhafte Entlassung von Arbeiterinnen im Zuge der wirtschaftlichen Demobilisierung widersprach strikt dem Prinzip der sozialen Gleichstellung von Mann und Frau (...) Gewissermaßen als Ausgleich wurden den Frauen politische Gleichberechtigung zugestanden“¹³, erklärt Heinrich August Winkler.

Doch die historische Forschung hat diese Einschätzung in den vergangenen Jahren relativiert. Für das Deutsche Reich kam die Historikerin Ute Daniel zu folgendem Urteil: „Die Vorstellung von den großen Scharen weiblicher

9 Kerstin Wolff: Unsere Stimme zählt, Seite 136

10 Lesenswert: Barbara Beuys: Die neuen Frauen – Revolution im Kaiserreich 1900 bis 1914, München 2014.

11 Irene Franken: Frauen in Köln. Der historische Stadtführer, Köln 2008, Seite 85.

12 Vgl. dazu: <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2014/01/erster-weltkrieg-novemberrevolution/seite-2>, abgerufen am 30. Dezember 2018

13 Heinrich August Winkler: Weimar 1919 -1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, Seite 65

Arbeitskräfte, die zwischen 1914 und 1918 erstmals auf dem Arbeitsmarkt aufgetaucht seien, muss damit definitiv fallen gelassen werden“.¹⁴

Eine Erklärung dafür ist, dass zu Beginn des 1. Weltkriegs alle Schutzbedingungen für Arbeiterinnen aufgehoben und Arbeitszeiten von elf bis zwölf Stunden eingeführt wurden. Darüber hinaus wurde in gefährlichen Produktionsstätten für Waffen und Munition ohne größere Schutzvorrichtungen gearbeitet. Die Arbeitsunfälle der schnell angelernten Arbeiterinnen häuften sich. Die Folge:

Aus Sicht der Frauen bedeuteten solche Arbeitsverhältnisse in der Regel keinen Schritt zur Emanzipation, sondern sie wurden nur eingegangen, um das Überleben für sich selbst und für die Familie zu sichern. Für Frauen aus den höheren sozialen Schichten kamen sie sowieso nicht in Frage, und auch Arbeiterfrauen mit Kindern zogen es in der Regel vor, ihre bescheidene Kriegsunterstützung durch Tätigkeiten im häuslichen Umfeld wie Putzarbeiten, Kinderbetreuung oder Heimarbeit aufzubessern.¹⁵

In der lokalen Wirtschaft kam es zu Kriegsbeginn zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. So verlor das Hauptwerk der Farbenfabriken in Leverkusen bis 1915 mehr als 2.000 Beschäftigte, was zunächst durch die mehrfache Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 60 Stunden aufgefangen wurde.¹⁶

Darüber hinaus wurden in der örtlichen Industrie zunehmend Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter eingesetzt.¹⁷

Eine Sparte bildete eine Ausnahme – die Arzneimittelproduktion, die im 1. Weltkrieg kontinuierlich wuchs. Hier wurden verstärkt Frauen beschäftigt und die Belegschaftsstruktur veränderte sich. Der Anteil der Frauen wuchs von 9,4 Prozent (1914) auf 25 Prozent (1917). Interessant ist eine Statistik zur Altersstruktur, die 1917 veröffentlicht wurde. 72 Prozent der Arbeiterinnen waren zwischen 14 und 20 Jahre alt. Zwischen 21 und 25 waren 21 Prozent. Nur sieben Prozent waren über 26 Jahre alt. Etwas hatten alle gemeinsam: sie erhielten 60 Prozent weniger Stundenlohn als ihre Kollegen.¹⁸

14 Zitiert nach Jacek Grubba: „Mit der Chemie zur Großstadt: Wirtschaft im Raum Leverkusen 1890 bis 1932“, Seite 101 bis 150, in: Ulrich S. Soénius (Hg.): Leverkusener Wirtschaftsgeschichte, Neustadt an der Aich 2018, Seite 128

15 <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/155330/frauenarbeit-und-geschlechterverhaeltnisse>, abgerufen am 1. Januar 2019

16 Jacek Grubba: „Mit der Chemie zur Großstadt: Wirtschaft im Raum Leverkusen 1890 bis 1932“, Seite 101 bis 150, in: Ulrich S. Soénius (Hg.): Leverkusener Wirtschaftsgeschichte, Neustadt an der Aich 2018, Seite 127

17 Jacek Grubba, Mit der Chemie zur Großstadt, Seite 128

18 Roswitha Süßelbeck: „Frauenerwerbsarbeit und Gleichstellungspolitik bei Bayer“, in: Klaus Tenfelde/Karl-Otto Czirkowsky u.a. (Hg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayerkonzerns, Essen 2007, Seite 319 bis 334, Seite 322

~~X~~ Aufgespürt

Verpacken mit Gesang

Eines Morgens nun besuchte uns Geheimrat Duisberg mit den Worten: ‚Warum denn so still? Die Mädels sollen bei der Arbeit singen.‘ Unser Betriebsführer Herr Schäfer war entsetzt, aber der Herr Geheimrat blieb bei seiner Bestimmung. Von nun an ging alles mit Gesang. Manches Lied ging zum Himmel bei der Arbeit. Ja, der Geheimrat bestellte den Leiter des Gesangsvereins, welcher die Mädels zweimal in der Woche im Singen unterrichten musste. Uns war es eine große Freude, bei unserer gewissenhaften Arbeit nun frohe muntere Lieder zu hören. Und so ist es geblieben.¹⁹

Die Leverkusener Wirtschaft profitierte in den Kriegsjahren von der massiven Aufrüstung des Deutschen Reichs. Nach dem Krieg und der Demobilisierung wurden diese Überkapazitäten zu einem Problem. In Leverkusen entließen die Farbenfabriken zwischen Oktober 1918 und Januar 1919 über 3.000 Arbeiter – fast 25 Prozent der Belegschaft.²⁰ Im Januar 1919 wurden 1.000 von 1.600 weiblichen Beschäftigten entlassen, da es für sie keine Arbeit mehr gab und sie Platz für die Kriegsheimkehrer machen mussten.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland

Einen Tag nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November 1918 veröffentlichte der Rat der Volksbeauftragten in Berlin den „Aufruf an das deutsche Volk“ und handelte erstmals als Gesetzgeber. Der Aufruf war ein deutlicher Schritt in Richtung zu einer neuen und demokratischen Gesellschaftsordnung mit Presse- Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Der Aufruf endete mit der Ankündigung, ein neues Wahlrecht einzuführen

„Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen“.

19 Hilla Peetz (Hg.): „Nicht ohne uns!“. Arbeiterbriefe, Berichte und Dokumente zur chemischen Industrialisierung von 1760 bis heute, Frankfurt/Main 1982, Seite 158

20 Grubba, Seite 136

Das neue Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen trat am 30. November 1918 in Kraft. In der Forschung werden unterschiedliche Gründe dafür genannt, warum es in Deutschland eingeführt wurde. War es der Dank für den Einsatz in den Kriegsjahren? War durch die Gründung einer Republik das Frauenwahlrecht selbstverständlich geworden? Oder war der Druck der Frauenverbände nicht mehr zu stoppen? Bereits im Oktober 1918 hatten Vertreterinnen aus Parteien, der Gewerkschaften und Vereinen per Eingabe an den Reichskanzler um eine Unterredung zum Frauenwahlrecht gebeten. Es folgten Demonstrationen in München, Hamburg und Berlin und eine Eingabe an Reichskanzler Max von Baden mit der Bitte um ein Gespräch. Diese Petition wurde von zahlreichen Frauen getragen: Marie Juchacz (MSPD), Anita Augspurg, Gertrud Bäumer (für Bund Deutscher Frauenvereine), Lida Gustava Heymann (Deutscher Frauenausschuß für den dauernden Frieden) oder Helene Lange (Frauenorganisation der Deutschen Fortschrittspartei).²¹

Frauenwahlrecht in Leverkusen

Die Reaktionen der Parteien auf die Einführung des neuen Wahlrechts erfolgten zeitnah. Die „Opladener Zeitung“, sie stand dem Zentrum nahe, veröffentlichte am 2. Dezember 1918 den Aufruf „An die Männer und Frauen des neuen Deutschlands“. Dort heißt es u.a. *„Männer und Frauen der Bürgermeisterei Küppersteg! Der Sturm, der über ganz Deutschland hinweg braust (sic), kann auch an uns nicht spurlos vorbeigehen.“*²²

Verfasser des Aufrufs war der provisorische Ausschuss der Demokratischen Partei unter der Adresse Hauptstraße 100, Leverkusen-Wiesdorf. Drei Tage später lud die Partei, die sich nun Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Wiesdorf, nannte, zu einer Versammlung in Wiesdorfer Kaisersaal. *„Männer und Frauen der Bürgermeisterei Küppersteg! Zeigt durch zahlreiches Erscheinen, daß Ihr mitarbeiten*



21 <http://www.addf-kassel.de/dossiers-und-links/dossiers/geschichte-des-frauenwahlrechts/die-organisationsphase-die-frauenbewegung-und-ihre-aktivitaeten/#prettyPhoto>, abgerufen am 3. März 2019.

22 Opladener Zeitung, 2. Dezember 1918.

wollt am Aufbau des neuen Deutschland, daß Ihr eintretet für die Freiheit und Gleichberechtigung aller Stände auf der Grundlage der Demokratie.“ Als Redner trat Professor Dr. Arthur Schloßmann auf. Der gebürtige Dresdener war ein bekannter Kinderarzt und wurde 1919 für die DDP in die verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt, der er bis 1921 angehörte.²³



Hotel Jansen in Opladen.

Zu einer „Volks-Versammlung“²⁴ riefen am 3. Dezember 1918 Opladener Bürgerinnen und Bürger auf, die sich später zum Teil in der „Zentrumspartei“ engagierten, darunter „Frau Justizrat Heckmann“, Agnes Heckmann, Opladener Stadtverordnete von 1919 bis 1924.²⁵ Die Einladung zur Teilnahme richtet sich an „Frauen und Männer von Opladen“.

Das Interesse an politischen Veranstaltungen in diesen Tagen war anscheinend groß.

Die „Opladener Zeitung“ berichtet am 5. Dezember 1918 über die überparteiliche Versammlung mit Vertretern der MSPD und USPD sowie Dr. Theodor Scharmitzel (Zentrum). „Der Saal bei Janßen war brechend voll, viele Besucher kehrten in Anbetracht der drangvoll fürchterlichen Enge wieder um“, heißt es in dem Artikel.²⁶

Die „Bergische Arbeiterstimme“ berichtete aus ihrer sozialistischen Perspektive über die überfüllte Veranstaltung: „Die Arbeiterschaft war in der Mehrheit, die katholischen Frauen- und Jungfrauenvereine mit ihren männlichen Beschützern in der Minderheit.“²⁷

Nach diesem Bericht endete die Veranstaltung im Tumult. „Nur einige Jungfräulein und Frauen scharten sich um ihren Hirten und blöckten unseren Genossen, der, auf dem Tische stehend, ein Hoch ausbrachte, mehr humoristisch als ernst an.“

23 <http://daten.digital-sammlungen.de/0001/bsb00019558/images/index.html?seite=128>, abgerufen am 11. November 2018.

24 Opladener Zeitung, 3. Dezember 1918

25 Dr. Gert Nicolini: Die Stadtverordnetenversammlungen in Opladen von 1919 bis 1933, Leverkusen, Leverkusen 2012. PDF-Dokument auf der Seite www.stadtgeschichte-leverkusen.de, abgerufen am 11. November 2018.

26 Opladener Zeitung, 5. Dezember 1918.

27 Bergische Arbeiterstimme, 4. Dezember 1918.

Im Januar 1919 verstärkte sich das Engagement der Parteien um die Stimmen der Wählerinnen.

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP), Ortsgruppe Wiesdorf, lud am 8. Januar 1919 zu einer Frauenversammlung in den Wiesdorfer Hof. Redner zu dem Thema „Demokratie und Familie“

waren Paula Kurgaß aus Düsseldorf und der Wiesdorfer Dr. Höfchen. Paula Kurgaß kümmerte sich nach dem I. Weltkrieg über die Organisation der Quäker um verarmte Kinder, ging nach Berlin und wurde 1933 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Nach dem Verbot der SPD wurde Paula Kurgaß verhaftet, stand danach unter Polizeiaufsicht und emigrierte 1934 als Sekretärin der Quäker nach Frankreich. Sie starb 1937 bei einem Kuraufenthalt in der Schweiz.²⁸



Ein Gründungsaufwurf der Opladener DDP richtete sich an alle „Männer und Frauen (...), die deutsch und demokratisch denken“.²⁹

Während die DDP-Veranstaltung offen war für „Freunde und Freundinnen der Partei“, waren bei der Veranstaltung der Zentrumspartei Wiesdorf, die fast zeitgleich im Saal Menrath stattfand, Männer ausgeschlossen („Außer den Vorstandsmitgliedern haben Männer keinen Zutritt. Die Versammlung wird zeitig geschlossen“).³⁰ Redner der Zentrumspartei war der Opladener Kaplan Berghoff, der zum Thema „Das Zentrum und die Frau“ sprach.

Intensiv warb die USPD um die Stimmen der Wählerinnen. So erschien in der „Bergischen Arbeiterstimme“ am 16. Januar 1919 eine große Anzeige, die USPD-Kandidatin Lore Agnes vorstellt. Die USPD verweist in der Annonce darauf, dass sie die „Revolution systematisch vorbereitet und durchgeführt“ habe. Die Schlussfolgerung: „Darum alleine schon, ihr Frauen, erweist euch dankbar dieser Partei, die eurer staatspolitischen Rechtlosigkeit ein Ende bereitete“. Sie wirbt um die Stimmen der Mütter, „die ihre Kinder vor der Abschachtung auf den Schlachtfeldern bewahren wollen“. Die Kandidatin Lore Agnes, eine Mutter von sieben Kindern, „kennt euer Leben und eure

28 <https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/ueber-den-bezirk/gedenken/artikel.522915.php#kurgaß>, abgerufen am 17. November 2018.

29 Opladener Zeitung, 4. Januar 1919.

30 Opladener Zeitung, 7. Januar 1919.

Sorgen. Sie ist eine Schneidersfrau mit selbständigem Geschäft“³¹, heißt es weiter in der Anzeige, in der die Kandidatin als mütterlich und volksnah präsentiert wird und die Partei sicherlich abrücken soll vom Ruf als Partei, die eine sozialistische Revolution anstrebte.³²

Lore Agnes, geboren 1876, startete später von Düsseldorf aus ihre politische Karriere. Sie wurde Mitglied der USPD in die Nationalversammlung gewählt. Später war sie SPD-Reichstagsabgeordnete bis zur Auflösung des Parlaments 1933.³³ Lore Agnes ging danach in den Untergrund und wurde mehrfach verhaftet. Nach dem 2. Weltkrieg baute sie in Düsseldorf die Arbeiterwohlfahrt und die örtliche SPD wieder mit auf. Sie starb 1953 in Köln und wurde in Düsseldorf beerdigt.



Darüber hinaus organisierte die USPD Frauenversammlungen, die am 16. Januar 1919 in Hittorf-Rheindorf im Lokal Christian Richartz sowie am 17. Januar 1919 in Wiesdorf in der Gaststätte Schmitz an der Hauptstraße stattfanden. „Arbeiter und Arbeiterinnen, nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl. Benützt die kurze Zeit. Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen“, heißt es abschließend.³⁴



Einen Tag später, am 16. Januar 1919, erschien in der „Bergischen Arbeiterstimme“ erneut eine Anzeige für die Wahlversammlung mit der Tagesordnung „Die bevorstehenden Wahlen“ und der Rednerin Frau Merkel.

Bei dieser Rednerin handelt es sich sehr wahrscheinlich um die USPD-Lokalpolitikerin Elfriede

Merkel aus Solingen, Ehefrau von Hermann Merkel (1878-1938). Er war zu dieser Zeit Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“, von Juni 1920 bis 1924 SPD-Reichstagsabgeordneter sowie von 1920 bis 1931 Beigeordneter

31 Bergische Arbeiterstimme, 16. Januar 1919

32 Vgl. dazu: Reiner Tosdorff: „Zwischen Parlamentarischer Demokratie und bolschewistischer Revolution. Das Ende der USPD als Massenpartei“ in: Andreas Braune, Mario Hesselbarth (u.a) (Hg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917 – 1922. Neue Wege zu Frieden. Demokratie und Sozialismus, Stuttgart 2018, Seite 193 bis 210

33 <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/frauenarchiv/ddorf/strassen/agnes.html>, abgerufen am 10. November 2018

34 Bergische Arbeiterstimme, 15. Januar 1919

der Stadt Solingen. Elfriede Merkel, 1884 in Elberfeld geboren, wurde 1919 für die USPD in die Solinger Stadtvertretung gewählt und übernahm verschiedene Ausschüsse. Sie war bereits im November 1918 als Rednerin bei einer Veranstaltung der USPD Solingen-Wald aufgetreten.³⁵ Elfriede Merkel starb 1967 in Thüringen.³⁶

Auch die Deutsche Volkspartei (DVP) warb um die Stimmen von „Männern und Frauen, die gewillt sind, an der Ausrichtung und Festigung des einzigen deutschen Volksstaates auf nationaler und demokratischer Grundlage mitzuwirken“.³⁷ Den Aufruf zur Gründung der DVP, der zwei Tage später in der „Opladener Zeitung“ erschien, unterzeichneten auch einige Opladener



Bürgerinnen wie „E. Arend, Schulvorsteherin a.D.“³⁸

In den Wahlkampf mischte sich auch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein. Adressiert an „Deutschchristliche Männer und Frauen“ lud sie zu einer Wählerversammlung, die am 15. Januar 1919 im Opladener Hotel Janßen stattfand. Als Rednerin sprach u.a. die Kölnerin Frau Pesch über „Deutsche Frauen,

Die Opladener Bahnhofstraße

deutsche Treue“. Unterzeichnet war der Aufruf u.a. von der Frau des Schlebuscher Pfarrers Burckhardt („Frau Pfarrer Burckhardt“) oder von Frau von Diergardt.³⁹ Wilhelm Burckhardt war seit 1899 Pfarrer in Schlebusch und musste sein Amt 1936 aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Burckhardt schloss sich in der NS-Zeit der „Bekennenden Kirche“ an.⁴⁰

Die DNVP wies in einer weiteren Anzeige der Wählerin die Aufgabe zu, „Gehilfin des Mannes zu sein, auch im Volks- und Staatsleben, ist die hohe und schöne Aufgabe der deutschen Frau an der Schwelle einer neuen Zeit“. Weiter heißt es: „Wir rufen und grüßen die Gehilfin“.⁴¹

Ziel sollte es sein, möglichst viele Frauen zur Teilnahme an der Wahl zu be-

35 Bergische Arbeiterstimme, 16. November 1918

36 http://www.frauenbueros-nrw.de/images/ratsfrauen_pdf/Solingen.pdf, Datenblatt Elfriede Merkel, abgerufen am 5. März 2019

37 Opladener Zeitung, 4. Januar 1919

38 Opladener Zeitung, 6. Januar 1919

39 Opladener Zeitung, 14. Januar 1919

40 Helmut Knapp: 150 Jahre Evangelische Kirche zu Schlebusch, Leverkusen 2003, Seite 96

41 Opladener Zeitung, 16. Januar 1919

wegen. Das Interesse war tatsächlich groß: 82,3 Prozent der wahlberechtigten Frauen im Deutschen Reich gaben ihre Stimme ab. Analysen über das Wählerverhalten gab es damals noch nicht, aber nach einzelnen Erhebungen ist bekannt, dass Frauen eher die katholische Zentrumsparterie oder die protestantisch-konservative DNVP wählten. Das Fazit: *„Frauen richteten ihr Stimmverhalten wohl nicht danach aus, ob Parteien für Fraueninteressen eintraten, wie es z. B. die SPD als einzige Partei getan hatte, die seit 1891 für das Frauenwahlrecht eintrat.“*⁴²

Heinrich August Winkler beschreibt es so: *„In überwiegend katholischen Gebieten profitierten 1919 in erster Linie Zentrum und BVP, in überwiegend evangelischen Gebieten DDP und DNVP vom Frauenstimmrecht.“*⁴³

Bis auf die Ergebnisse in Wiesdorf ging die Zentrumsparterie in Opladen und Schlebusch als Wahlsiegerin hervor. In Schlebusch bekam sie sogar 46,7 Prozent der Stimmen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 im heutigen Le-verkusener Stadtgebiet⁴⁴:

Stadt	DDP	DNVP/DVP	SPD	USPD	Zentrum
Wiesdorf	12,7 %	6,6 %	23,3 %	30,7 %	26,7 %
Opladen	11,5 %	9,2 %	29,9 %	13,4 %	35,9 %
Schlebusch	8,1 %	4,3 %	22,9 %	18 %	46,7 %

Nur eine Woche später, am 26. Januar 1919 fanden die Wahlen zur verfas-sungsgebenden Preußischen Landesversammlung statt.

Große Veränderungen ergaben die Wahlen zur Preußischen Landesver-sammlung nicht.⁴⁵

Stadt	DDP	DNVP/DVP	SPD	USPD	Zentrum
Wiesdorf	14,3 %	6,8 %	24,0 %	29,6 %	25,3 %
Opladen	11,1 %	7,7 %	29,1 %	12,6 %	39,5 %
Schlebusch	7,8 %	4,8 %	28,6 %	12,4 %	46,3 %

Intensiver warb jetzt die SPD nach den beiden Wahlgängen um die Stimmen der Wählerinnen. In der Bergischen Arbeiterstimme lud sie am 23. Februar 1919 zu einer öffentlichen Versammlung mit der Rednerin Frau Dr. Weg-

42 <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/279340/auswirkungen-des-frauenwahlrechts>

43 Heinrich August Winkler, Weimar 1919-1933, Seite 70

44 Dr. Gert Nicolini: Die Ergebnisse der politischen Wahlen in Leverkusen von 1919 bis 1933, Leverkusen 1999, Seite 21

45 Gert Nicolini: Die Ergebnisse der politischen Wahlen, Seite 24

scheider-Ziegler und dem Thema „Die Frau und die Sozialdemokratie“.⁴⁶ Hildegard Wegscheider-Ziegler, geboren 1871 in Berlin, studierte zunächst in Zürich und promovierte 1898 in Halle (Saale). Sie war eine der ersten Frauen im Deutschen Reich, die die Promotion bestand.⁴⁷

Nach 1906 arbeitete sie als Oberlehrerin in Bonn und ging später wieder nach Berlin.

Über den Verlauf dieser Versammlung vom 23. Februar 1919 gibt es ausführliche Informationen. Nach einem Pressebericht in der Bergischen Arbeiterstimme war der Saal voll und die Besucherinnen hörten mit Interesse zu. Am Ende ihres Vortrags referierte Dr. Hildegard Wegscheider-Ziegler über August Bebel und die freie Liebe:

*„Die Frauen und Mädchen waren besonders gespannt auf diese Frage, und wie sie hörten, daß es keine aufgezwungene Ehe geben sollte, wie sie gerade berufen seien, dem Sozialismus zu dienen, pflichteten die in großer Anzahl anwesenden Frauen und Mädchen sichtlich bei.“*⁴⁸

Hildegard Wegscheider-Ziegler arbeitete in der NS-Zeit als Privatlehrerin und starb 1953 in (West-)Berlin.

Die Opladener USPD veranstaltete am 1. Juni 1919 eine Versammlung mit der Kölnerin Henriette Ackermann zum Thema „Das neue Deutschland und wir“.⁴⁹ Ackermann, geboren 1887, galt als redegewandt und unerschrocken. Nach dem Besuch der Volks- und Handelsschule in Köln arbeitete sie seit 1903 als Buchhalterin. 1905 wurde sie SPD-Mitglied, konnte jedoch die kriegsbejahende Haltung ihrer Partei während des 1. Weltkriegs nicht mittragen. 1917 wurde sie Mitglied der USPD und ab 1919 USPD-Ratsfrau. Ihr Auftreten wird so beschrieben: *„Im Gegensatz zu den meisten anderen Frauen des Parlaments war ihr Ton nicht freundlich und verbindlich, sondern leidenschaftlich, bissig und selbstbewusst.“*⁵⁰ Die aggressiven und sexistischen Angriffe der anderen Ratsvertreter blieben nicht aus: *„...die Tatsache, dass Ackermann unverheiratet war, scheint die Phantasie der männlichen Abgeordneten zusätzlich beflügelt zu haben.“*⁵¹ Henriette Ackermann war bis 1929 Mitglied des Kölner Stadtrats. Von März bis Mai 1933 war sie in der sogenannten „Schutzhaft“ der Nationalsozialisten. Darüber hinaus war sie zwischen 1939 und 1945 zweimal im Frauen-KZ Ravensbrück inhaftiert.

46 Bergische Arbeiterstimme, 22. Februar 1919.

47 <http://library.fes.de/spdpd/1951/510830.pdf>

48 Zitiert nach: Reinhold Braun: Opladens SPD in der Weimarer Republik, in: Reinhold Braun: 125 Jahre SPD Leverkusen, Leverkusen 1994, Seite 87 bis 96, Seite 88

49 Braun: Opladens SPD in der Weimarer Republik, Seite 88

50 Birgit Kummer: „Henriette, uns graut vor dir. Henriette Ackermann – eine unbeugsame Stadtverordnete“ in: Kölner Frauengeschichtsverein: 10 Uhr pünktlich Gürzenich. 100 Jahre bewegte Frauen in Köln, Münster 1995, Seite 155 bis 157, Seite 155

51 Birgit Kummer, Henriette, uns graut vor dir, Seite 155

Nach 1945 war sie nicht mehr politisch aktiv.⁵² Ihre Botschaft in der Versammlung am 1. Juni 1919 war nicht überraschend: sie lehnte in der Veranstaltung die Politik der Regierungspartei SPD ab.⁵³

Als weitere Rednerin sollte im Spätsommer 1919 die SPD-Reichstagsabgeordnete Elisabeth Röhl nach Opladen anreisen. Da sie erkrankt war, kam stellvertretend ihre Schwester Marie Juchacz. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 1919 stellte sie fest, dass ein „Großteil der Frauen sich eher dem Konservatismus und den bürgerlichen Parteien zugehörig fühlen.“⁵⁴ Sie ermunterte Frauen zu einer Kandidatur bei der Kommunalwahl, um danach die Aufgaben „auf dem Gebiete der Gesundheitspflege im allgemeinen, des Mutter-schutzes, Säuglingsfürsorge, Hebammenhilfe, rationeller Mädchenerziehung im besonderen“⁵⁵ zu übernehmen. Diese Aufgaben werden nach der Kommunalwahl 1919 die Frauen aus allen Parteien übernehmen.



Die Kommunalwahlen von 1919

Die ersten Kommunalwahlen nach dem neuen Wahlrecht fanden am 2. November 1919 statt. Der Kampf der Parteien um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler wurde intensiver.

Die Wiesdorfer Zentrumsliste lud am 29. Oktober 1919 zu einer „großen Frauen-Versammlung“ mit der Kölnerin Erna Zacherl, die zum Thema „Im Kampf um die Gemeinde“ sprach. „Christliche Mädchen und Frauen, versäumt die Versammlung nicht – Keiner darf fehlen. Männliche Parteifreunde sind herzlich eingeladen.“⁵⁶

Die „Liste Bodden“ (Zentrum) veröffentlichte am 1. November 1919

Aufruf zur Wahl der Liste „Bodden“ (Zentrum) vom 1. November 1919

52 Birgit Kummer, Henriette, uns graut vor dir, Seite 157

53 Braun, Seite 88

54 Braun, Seite 88

55 Braun, Seite 88

56 Opladener Zeitung, 26. Oktober 1919

einen Wahlauf Ruf „Wer wählt die Zentrumsliste?“ in der „Opladener Zeitung“.

Adressiert an die Wählerinnen heißt es:

„Wir Frauen, weil wir wollen, daß christliche Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Güte im öffentlichen Leben mehr als bisher gehütet und gepflegt werden.“ Oder „Wir Hausfrauen, weil wir überzeugt sind, daß die Zentrumsliste dafür sorgen wird, daß unser vorm (sic) Kriege ererbtes Los als Reihensteher, Dauerläufer und Lebensmittelschlepper erleichtert wird.“⁵⁷

Die „Opladener Zeitung“ und die „Bergische Arbeiterstimme“ veröffentlichten am 28./29. Oktober 1919 die Listen der Kandidatinnen und Kandidaten der einzelnen Parteien.

Schlebusch

Die Liste „Broich-Zons“ (Zentrumsliste) umfasste 18 Kandidaten, darunter Anna Kempfen (Platz 3), Lehrerin, Morsbroicher Straße 16
Anna Friedrichs (Platz 11), Hausfrau, Steinrüttsch 30

Auf der Liste „Edelmann“ (SPD) mit 18 Vorschlägen kandidierten Anna Becker (Platz 2), Frau, Lagerhalterin, Sandstraße 11
Christine Friedrichs (Platz 7), Hausfrau, Telegrafstraße 41
Paula Conradt (Platz 10), Hausfrau, Hauptstraße 4

Die Liste „Kramer“ (USPD) umfasste zwölf Kandidatinnen und Kandidaten mit

Else Börner (Platz 3), Hausfrau, Reuterstraße 27
Hedwig Wurth (Platz 12), Hausfrau, Gartenstraße 10
Lina Jolk (Platz 13), Hausfrau, Bahnhofstraße 3

Die DDP-Liste führte 18 Kandidatinnen und Kandidaten an, darunter Lina Brogle (Platz 9), Hausfrau, Mülheimer Straße 81

18 Kandidaten stellte auch die DVP auf. Dabei waren auch Frau Ernst Schön (Platz 4), Witwe, Landwirtin, Schlebuschrath
Irene Bubner (Platz 14), ohne Beruf, Oberförsterei⁵⁸

Wiesdorf

In Wiesdorf trat die Liste „Bodden“ (Zentrum) mit 24 Kandidatinnen und Kandidaten an. Folgende Frauen bekamen Listenplätze:
Maria Merbeck (Platz 13), Lehrerin, Emil-Fischer-Straße 31
Helene Tillmanns (Platz 17), Ehefrau, Barmerstraße 27
Agnes Müller (Platz 21), Witwe, Bahnhofstraße 39.

57 Opladener Zeitung, 1. November 1919

58 Bergische Arbeiterzeitung, 29. Oktober 1919



Bildunterschrift: Aufruf der SPD – Wahlen zur Nationalversammlung

Für die Liste „**Wiemar**“ (SPD) traten ebenfalls 24 Frauen und Männer an. Das Ergebnis:

Meta Gebauer (Platz 4), Hausfrau, Ludendorffstraße 30
Hedwig Schrank (Platz 16), Lehrerin, Karl-Leverkus-Straße 64.

Die Liste „**Leidenheimer**“ (USPD) umfasste 31 Kandidatinnen und Kandidaten mit

Margarete Schwenke (Platz 3), Ehefrau, Nobelstraße 110
Margarete Meier (Platz 19), Ehefrau, Kaiserplatz 19

Ebenfalls trat die Liste „**Militz**“ (DDP) mit 24 Frauen und Männern an. Das Ergebnis:

Elisabeth Zuhellen (Platz 4), Hausfrau, Dönhoffstraße 2
Auguste Baßler (Platz 11), Bibliothekarin, Hauptstraße 2
Helene Maria Hübner (Platz 15), Ehefrau, Friedrich-Weskottstraße 17
Adelheid Marzahl (Platz 20), Hausfrau, Dönhoffstraße 5

Die „**Liste Koopmann**“ (DVP) beteiligte sich in Wiesdorf an der Kommunalwahl. Folgende Frauen bekamen Listenplätze:

Johanna Gutowski (Platz 6), Gemeindeschwester, Steinstraße 2⁵⁹
Therese Strauß (Platz 11), Näherin, Barmerstraße 10
Ida Jung (Platz 16), Ehefrau, Düsseldorferstraße 358
Elisabeth Wandel (Platz 20), Vorsteherin, Nobelstraße 33a.
Eine freie Wiesdorfer Wählervereinigung (Wahlvorschlag Fabrizius) hatte keine Kandidatinnen nominiert.

Opladen

Auf der Liste „**Dr. Hoever**“ (Zentrum) kandidierten Frauen und Männer, darunter

Agnes Heckmann (Platz 6), Ehefrau, Rennbaumstraße 27
Unleserlich im Artikel (Platz 12) Hausfrau, Wilhelmstraße 5⁶⁰

Die Liste „**Ohletz**“ (SPD) hatte 24 Kandidatinnen und Kandidaten mit

Berta Panse (Platz 3) Hausfrau, Elsbachstraße 101
Mathilde Droste auf (Platz 9), Hausfrau, Imbachweg 3
Johanna Conrads (Platz 23), Kanalstraße 17

Zehn Frauen und Männer waren auf der Liste „**Arndt**“ (DVP/DNVP), darunter

Anna Dörner (Platz 5), Frau, Friedenbergerstraße 2
Magda Dammann (Platz 9), Frau, Rulachstraße 2

⁵⁹ Bergische Arbeiterstimme, 28. Oktober 1919

⁶⁰ Opladener Zeitung, 28. Oktober 1919

Die ersten Ratsfrauen in Leverkusen

Schlebusch

In Schlebusch wurde Anna Kempfen für die Zentrumsparterie gewählt. Sie wurde 1888 in Everswinkel (Kreis Warendorf) geboren und unterrichtete von 1910 bis 1949 an der Katholischen Volksschule. Sie gehörte dem Gemeinderat von 1919 bis 1924 an.⁶¹

Weitere Kommunalpolitikerinnen der ersten Stunde waren Anna Becker (SPD) und Else Börner (USPD). Else Börner trat 1924 als KPD-Kandidatin erfolgreich zur Wiederwahl an. Ihre Beerdigung im Oktober 1928 wurde zu einem Ereignis in Schlebusch. In der Bergischen Arbeiterstimme erschien am 26. Oktober 1928 eine Würdigung der verstorbenen Else Börner. Sie endete mit dem Satz: „Vor allem werden die Freidenker von Schlebusch und Umgebung aufgefordert, an der Bestattung (...) teilzunehmen, besonders weil es die erste Feuerbestattung im schwarzen Schlebusch ist“.⁶²

Wiesdorf

Meta Gebauer (SPD) war neben Margarete Schwenke die erste Wiesdorfer Ratsfrau. Bei ihrer Wahl war sie 40 Jahre alt. Sie übernahm verschiedene Ausschüsse, darunter den „Ratskellerausschuss“, den Gesundheitsausschuss und die Jugendpflege. Schon ein Jahr später legte sie ihr Mandat nieder. Aus den Akten des Stadtarchivs geht hervor, dass die Familie Gebauer im Februar 1921 nach Brasilien ausgewandert ist.⁶³

Margarethe Schwenke (USPD), 1879 in Schlesien geboren, war USPD-Vertreterin im Stadtrat und engagierte sich im Gesundheits- und Preisprüfungsausschuss, ab Juni 1920 u.a. im Wohlfahrts- und Krankenhausausschuss. Im Juli 1920 legte sie ihr Mandat nieder.

Eine weitere Wiesdorfer Ratsfrau war El(i)se Wennerström, die sich von Dezember 1920 bis Juli 1921 für die USPD im Rat engagierte. Biografische Daten über sie waren nicht zu übermitteln.⁶⁴

Margarete Meier, geboren 1885 in Bremen, war von 1921 bis Juni 1922 für die KPD im Wiesdorfer Rat und im Wohlfahrtsausschuss aktiv. 1936 zog sie wieder zurück in die Nähe ihrer Heimatstadt.⁶⁵

Christine Schmelefski (1878-1931) war eine der wenigen Frauen, die sich im Wiesdorfer Rat engagierte. Für die KPD war sie dort von 1924 bis 1930 aktiv und engagierte sich in zahlreichen Ausschüssen.⁶⁶ In einem Nachruf schrieb die Wiesdorfer KPD über sie:

61 StALev 1301: Protokollbuch des Gemeinderats; Personalakte Anna Kempfen

62 Bergische Arbeiterstimme, 26. Oktober 1928

63 StALev 1322.6: Protokollbuch des Gemeinderats; Meldeunterlagen

64 StALev 1452.09 und 1452.10

65 StALev 1330.1: Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung, Meldeunterlagen

66 StALev 1330.1: Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung

„In der Freidenkerbewegung, Freien Schulgesellschaft, Internationale Arbeiterhilfe und Roten Hilfe war sie auf dem Posten und überragte an Tatkraft manchen männlichen Klassengenossen. Im Leverkusener Stadtparlament war sie jahrelang die einzige Arbeiterfrau um dort (...) die Nöte der Arbeiterfrauen und der gesamten Arbeiterklasse aufzuzeigen.“⁶⁷

„Wir bedauern den Heimgang einer Frau, die sich durch praktischen Blick und zuvorkommende Hilfsbereitschaft das Vertrauen und die Wertschätzung weite Kreise der Einwohnerschaft erworben hat“, so die Würdigung von Bürgermeister Dr. Heinrich Claes.⁶⁸

Darüber hinaus wurde Johanna Merg für die KPD im November 1929 in die Wiesdorfer Stadtverordnetenversammlung gewählt.⁶⁹

Opladen

Auguste Bertha Panse (1889 – nach 1965) wurde für die SPD in den Opladener Stadtrat gewählt, legte jedoch schon im Februar 1920 ihr Mandat nieder. Für die USPD wurde Bertha Sachse in den Rat gewählt. Sie wechselte im Januar 1921 wie die anderen USPD-Vertreter in die KPD und legte im Dezember 1924 ihr Mandat nieder.⁷⁰ Sie zog später in ihre Heimatstadt Halle an der Saale und starb 1959 in Leverkusen.⁷¹

Agnes Heckmann (1875 – 1954) war fünf Jahre für die Zentrumsparterie im Opladener Rat.⁷² Sie wurde in Bünde (Westfalen) geboren, stammt aus einer Juristenfamilie und heiratete 1895 den Opladener Notar und Justizrat Max Heckmann. Sie war u.a. Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins und engagierte sich über viele Jahre caritativ und sozial.⁷³

Auguste Blenkner (1873 – 1951) war von Juli 1930 bis September 1932 für die KPD im Opladener Stadtrat aktiv und damit die letzte Ratsfrau in der Opladener Stadtverordnetenversammlung.⁷⁴

67 Bergische Arbeiterstimme, 2. Juni 1931

68 Opladener Zeitung, 1. Juni 1931

69 Dr. Gert Nicolini: Die Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen in Wiesdorf von 1919 bis 1930, Leverkusen 2010, das PDF-Dokument wurde abgerufen von der Seite www.stadtgeschichte-leverkusen.de, Seite 24

70 Dr. Gert Nicolini: Die Stadtverordnetenversammlungen in Opladen. Das PDF-Dokument wurde abgerufen von der Seite www.stadtgeschichte-leverkusen.de, Seite 17

71 Auskunft des Stadtarchivs Halle (Saale) vom 7. März 2019

72 Opladener Zeitung, 28. Oktober 1919

73 StALev 1452.10: Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung Opladen, Sterbebuch 79/1954, Nachruf in der Bergischen Post am 13. April 1954

74 StALev 1450.11: Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung Opladen 1927-1933, Sterbebuch Opladen 83/1951

Nach 1924: Rückzug aus der Politik

Das politische Engagement von Frauen nahm in den Folgejahren stetig ab. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Nach einer kurzen ruhigen Startphase wurde die politische und wirtschaftliche Situation in der Weimarer Republik immer schwieriger.

Deutliche Einschnitte in der jungen Republik waren die Ermordung von Finanzminister Matthias Erzberger im August 1921 sowie von Außenminister Walter Rathenau im Juni 1922, die in rechten Kreisen als „Erfüllungspolitiker“ des Versailler Vertrags galten. Bereits bei der Reichstagswahl 1920 verloren die Parteien, die Weimarer Verfassung geprägt hatten, viele Stimmen. *„Damit hatten die (gemeint waren SPD, DDP und Zentrum (CB)) auf dem Boden stehenden Parteien ihre Mehrheit verloren – sie sollten sie bei keiner der folgenden Reichstagswahlen wieder erringen“*, erläutert Peter Longerich die Folgen.⁷⁵ Heinrich August Winkler beschreibt es so: *„Die Gemäßigten beiderseits der Mitte dagegen wurden für das bestraft, was sie seit Anfang 1919 geleistet oder nicht geleistet hatten: Links verübelte man (...), dass sie die Kräfte der Reaktion wieder hatte erstarken lassen, von Rechts wurde (...) alles angelastet, was die nationale Ehre (...) beeinträchtigt hatte.“*⁷⁶

Im Sommer 1923 folgte die Ruhrbesetzung. Die Auswirkungen bekamen auch Opladen und Wiesdorf zu spüren. Das Opladener Reichsbahnausbesserungswerk durfte keine Lokomotiven mehr reparieren. In Wiesdorf stieg die Zahl der Kurzarbeiter bis Mitte 1923 auf 800. 1700 Männer und Frauen waren im Januar 1924 arbeitslos.⁷⁷

Eine Folge der Ruhrbesetzung war die steigende Inflation: *„Nach der Ausgabe von zunächst 30 Mrd. Mark musste Wiesdorf am 14. August weitere 100 Mrd., am 28. August nochmals 500 Mrd und schließlich im September zwei Billionen Mark in Umlauf setzen.“*⁷⁸

Bei den Farbenfabriken, Eumuco und Wuppermann kam es zu wilden Streiks.

Angesichts dieser Entwicklung werden sich aktive Kommunalpolitikerinnen in ein ruhigeres Umfeld der Familie und der privaten Umgebung zurückgezogen haben, um den Auseinandersetzungen in unterschiedlichen Formen aus dem Weg zu gehen.

Eine Forschungsthese ist, dass Frauen bei den Wahlen 1919 auf „sichere“

75 Peter Longerich: Deutschland 1918 bis 1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, Seite 113

76 Heinrich August Winkler, Weimarer Republik, Seite 139

77 Joachim Scholtysek: Der Raum Leverkusen von 1914 bis 1945, in: KulturStadtLev-Stadtarchiv Leverkusen, Leverkusen- Geschichte einer Stadt am Rhein, Leverkusen 2005, Seite 347 bis 417, Seite, Seite 365

78 Joachim Scholtysek: Der Raum Leverkusen von 1914 bis 1945, Seite 365

Listenplätze gesetzt wurden, um den Parteien die Stimmen der Wählerinnen zu sichern. Tatsächlich war der Kampf um gute Listenplätze auch schon in den Anfängen der Weimarer Republik sehr ausgeprägt.⁷⁹

Ein weiterer Grund für den Rückzug dürfte sein, dass Frauen in der Kommunalpolitik der Weimarer Republik von ihren männlichen Kollegen kaum offen aufgenommen oder sogar herabschätzend behandelt wurden. Es ist überliefert, dass der frühere Kölner Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer die zwölf Ratsfrauen, die am 30. Oktober 1919 an ihrer ersten Ratssitzung teilnahmen, mit keinem Wort erwähnte oder gar begrüßte.⁸⁰

Selbstbewusste Lokalpolitikerinnen wie zum Beispiel Kölnerin Henriette Ackermann wurden - wie bereits dargestellt - gehasst und verspottet.⁸¹

Darüber hinaus wurden Frauen ab 1920 aus Berufen herausgedrängt. Im Oktober 1923 wurde im Rahmen der Personalabbauverordnung das sogenannte „Lehrerinnenzölibat“ wieder eingeführt, das 1919 abgeschafft worden war. Die Verordnung sah vor, dass verheiratete Beamtinnen entlassen werden konnten. Darüber hinaus wurde die „Ledigensteuer“ eingeführt, ein Lohnsteueraufschlag von 10 Prozent, den unverheiratete Frauen im Staatsdienst zahlen mussten. Roswitha Süßelbeck berichtet in ihrem Aufsatz von einem Schreiben der Bayer-Sozialabteilung an die Personalabteilung im Mai 1928. Angestellten- und Arbeiterrat hätten den Wunsch geäußert, dass *„verheiratete weibliche Angestellte „möglichst zwei Monate nach ihrer Verheiratung zu entlassen sind. Es soll ihnen sofort nach ihrer Verheiratung mitgeteilt werden“*.⁸²

Ein weiterer Umstand war sicherlich, dass es kaum eine interfraktionelle Zusammenarbeit zwischen den Frauen der unterschiedlichen Parteien gab. Die Frauen waren Einzelkämpferinnen für ihre Partei und sicherlich

79 Vgl. dazu: Heide-Marie Lauterer: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19 bis 1949, Königsstein/Taunus 2002, Seite 65ff

80 Birgit Kummer: „‘Stadtmütter’ und ‚Megären‘. Weibliche Stadtverordnete in Köln während der Weimarer Republik“ in: Kölner Frauengeschichtsverein: 10 Uhr pünktlich Gürzenich. 100 Jahre bewegte Frauen in Köln, Münster 1995, Seite 148 bis 154, Seite 148

81 Birgit Kummer: „‘Stadtmütter’ und ‚Megären‘, Seite 153

82 Roswitha Süßelbeck: Frauenerwerbsarbeit und Gleichstellungspolitik, Seite 323

Nach der Heirat konnten Frauen noch zwei Monate bei Bayer arbeiten – dann kam das Aus.



auch in ihren Parteien. Kerstin Wolff beschreibt es so: „Im Laufe der Zeit mussten sie allerdings feststellen, dass die politischen Strukturen, die die Parteien nach dem Frauenstimmrecht aufbauten, ambivalente Folgen hatten und dass Parteidisziplin vor Geschlechtersolidarität gestellt wurde.“⁸³ Darüber hinaus wurde der Diskurs über unterschiedliche politische Ansichten schon früh reichsweit ausgetragen. Die Frauenrechtlerin Alice Salomon (1872-1948) äußerte sich am 5. Dezember 1918 über die Einführung des Wahlrechts für Frauen. Sie gab zu Bedenken, dass die Frauen bis zum heutigen Tag von nahezu allen politischen Prozessen ausgeschlossen waren und warnte davor, Wählerinnen zum „Werkzeug“ der Parteien zu machen. Ihre Forderung:

*„Wenn die Frauen jetzt beim Neuaufbau eines Staates helfen sollen, so kann ihnen nimmermehr das formale Recht zu wählen, dafür genügen. Dazu gehört eine bewußte, selbständige, freie und verantwortungsvolle Stellung zum Staatswesen, ein innerliches Gefaßtsein von den Möglichkeiten der Wirkung, die sich damit unserem Geschlecht öffnen.“*⁸⁴



83 Kerstin Wolff, *Unsere Stimme zählt*, Seite 148

84 Berliner Tageblatt vom 5. Dezember 1918, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/index.php?id=dfg-viewer&set%5Bimage%5D=2&set%5Bzoom%5D=max&set%5Bdebug%5D=0&set%5Bdouble%5D=0&set%5Bmeta%5D=http%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FNSNP27646518-19181205-0-0-0.xml>, abgerufen am 10. März 2019.

Die Berliner USPD-Politikerin Mathilde Wurm (1874-1935) nahm am 13. Dezember 1918 in der „Bergischen Arbeiterstimme“ Stellung zu dem Artikel. Sie schrieb u.a.

Für das Wahlrecht der Männer ist niemals eine ähnliche Forderung aufgestellt worden, obwohl sie ganz gewiß nicht mehr und nicht weniger politische Kenntnisse zu diesem Behufe mitbrachten als jetzt die Frauen. Es darf sogar behauptet werden, daß viele Frauen heute politisch weit unterrichteter sind, als die vom Felde heimkehrenden Männer(...).

Es gibt sicherlich weitere Gründe für den Rückzug der Frauen aus den lokalen Parteien, die ausführlicher untersucht werden könnten. Im Rahmen dieser Arbeit ist dies jedoch nicht möglich.

Ein Blick auf die Wiesdorfer Kommunalwahllisten vom Mai 1924 verdeutlicht den deutlichen Rückzug von Frauen aus der Politik:

Auf der Liste der DNVP kandidierten 13 Männer und keine Frau.

Die Liste der KPD umfasste 35 Kandidaten darunter

Christine Schmelefski, Hausfrau, Lichstraße 75 (Platz 5)

Wilhelmine Schäfer, Hausfrau, Manforter Straße 344 (Platz 20)

Gertrud Schmitz, Hausfrau, Niederfeldstraße 7 (Platz 33)

Der Zusammenschluss „Christliche Zusammenarbeit“ stellte 28 Kandidaten auf,

darunter

Julie Will, Kriegerwitwe, Ziegeleiweg 6 (Platz 14) und

Christine Zollmarsch, Kriegerwitwe, Düsseldorfer Straße 246 (Platz 22)

26 Kandidaten umfasste die Liste der USPD mit

Helene Gasten, Hausfrau, Havensteinstraße 5 (Platz 6)

Luise Risse, Hausfrau, Weiherstraße 78 (Platz 12)

Weder in den Reihen der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ (BAG), ein Zusammenschluss von Zentrum, DVP und DDP, noch im „Völkisch-Sozialen Block“ (eine Vorläufer-Organisation der NSDAP unter Robert Ley) befanden sich Kandidatinnen.⁸⁵

85 Opladener Zeitung, 24. April 1924



Nach 1933 – der Weg in die Diktatur

Die Nationalsozialisten schafften sehr schnell das passive Wahlrecht für Frauen ab. Sie durften nicht NSDAP-Mitglied werden und nicht für Ämter kandidieren. Schritt für Schritt wurden alle Parteien verboten. Die Zentrumsparterie löste sich am 5. Juli 1933 als letzte bürgerliche Partei selbst auf. Deutschland war eine Diktatur.

Wahlplakat der DNVP vom Juli 1932



„Ein seltenes Exemplar der Gründergeneration“

Nach 1945: Die neuen Stadtmütter

Keine politische aktive Frau setzte nach 1945 ihre Arbeit fort. Eine neue Generation, geprägt durch die Weimarer Republik, Nazi-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg, betrat die politische Bühne in Leverkusen oder Opladen.

Charlotte Mierbach (SPD), geboren 1912 in Magdeburg, wurde mit 14 Jahren Mitglied der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ), der SPD und der Naturfreunde. In der Nazi-Zeit leistete sie „stillen Widerstand“: Charlotte Mierbach – sonst keine Kirchgängerin – wurde Mitglied der „Bekennenden Kirche“. Im März 1946 wurde sie durch die britische Militärregierung in den Stadtrat entsandt. Gewähltes Ratsmitglied war sie von 1952 bis 1974. Darüber hinaus hatte sie weitere Ehrenämter, u.a. war sie viele Jahre Vorsitzende des Leverkusener Tierschutzvereins. Der Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – die Ideale der Jugendbewegung – prägten ihr Leben. In einem Portrait schilderte die Journalistin Henriette Hormann als „gute nimmermüde Kameradin“.

Maria Stommel (CDU) war nur zwei Jahre jünger als Charlotte Mierbach. Sie wurde 1914 in Leverkusen-Wiesdorf geboren und engagierte sich mit 16 Jahren in der Jugendbewegung der Zentrumsparterie, der sie sich 1946 als Mitglied anschloss. Ob es ein Erlebnis während der Nazi-Diktatur war, das sie zu dem politischen Engagement bewog? So ist überliefert, dass sie während eines Luftangriffs russische Zwangsarbeiterinnen in die Schleuse eines kleinen Röhrenbunkers mitgenommen hatte. 1951 wurde sie erstmals in den Leverkusener Stadtrat gewählt, dem sie bis 1974 angehörte. Darüber hinaus war sie Leverkusens erste und einzige weibliche Bundestagsabgeordnete (1964 bis 1976). Oberbürgermeister Horst Henning bezeichnete sie bei einem Empfang zu ihrem 75. Geburtstag als „seltenes Exemplar der Gründergeneration“.

Bertha Middelhaue (FDP), geboren 1893, hatte noch das Kaiserreich erlebt. Nach dem Studium in Frankfurt und dem Referendariat in Koblenz wurde sie 1922 Lehrerin an der Marienschule in Opladen. Nach der Heirat mit Dr. Friedrich Middelhaue musste sie 1928 als sogenannte „Doppelverdienerin“ aus dem Schuldienst ausscheiden. Friedrich Middelhaue war bis 1933 Mitglied der „Deutschen Staatspartei“ und standhafter Nazi-Gegner. Bertha und Friedrich Middelhaue galten in der Nazi-Zeit als „abseits stehend“ und „politische Staatsfeinde“. Als Middelhaue nach 1945 die FDP in der britischen Besatzungszone aufbaute, wurde er durch seine Ehefrau unterstützt. Beide wurden nach 1945 durch die britische Militärregierung zur politischen Wiederaufbauarbeit eingesetzt. Bertha Middelhaue wurde 1948 für die FDP in den Stadtrat gewählt, dem sie bis 1959 angehörte. Danach engagierte sie sich überregional für den Deutschen Frauenring.⁸⁶

⁸⁶ Ausführliche Portraits sind veröffentlicht in: Christine Blasberg, Spurensuche – Frauenleben in Leverkusen, Leverkusen 2005

Die Neue Frauenbewegung, die Leverkusener Kommunalpolitik und ein Ausblick

Ab 1968 entstand in den bundesdeutschen Großstädten die Neue Deutsche Frauenbewegung. In Leverkusen gab es als Reaktion auf die Entwicklung ab 1972 in der Volkshochschule einen Frauengesprächskreis. Vier Jahre später, 1976, gründeten verschiedene Bürgerinnen in Mathildenhof ein Frauenzentrum, über das die Zeitschrift „Courage“ ausführlich berichtete.⁸⁷ Nach langen Diskussionen über die „Notwendigkeit“ einer solchen Einrichtung öffnete 1978 in Leverkusen ein Frauenhaus – und immer mehr Frauen engagierten sich im Rat und in den Bezirksvertretungen. Eine Aufstellung ist im Anhang dieser Publikation.

Ein überparteiliches und überkonfessionelles Frauenbündnis – die Arbeitsgemeinschaft Leverkusener Frauenverbände (ALF) – war von 1979 bis 1999 in Leverkusen aktiv. Zu den Mitgliedern gehörten die Frauenverbände der Parteien (Frauenunion der CDU, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Liberale Frauen), aber auch der „Deutsche Frauenring“ (Ortsring Leverkusen), Katholische Frauen oder Frauen innerhalb des Deutschen Roten Kreuzes – insgesamt mehr als 20 Leverkusener Frauenverbände.

Neun Verbände gründeten die Frauenarbeitsgemeinschaft im Sommer 1979. Ziel war es, neben den gegenseitigen Information, gemeinsame Interessen und Anliegen der Frauen der Leverkusener Öffentlichkeit darzustellen. In dem Artikel der „L Leverkusener Rundschau“ vom 22. Juni 1979 hieß es dazu weiter: „Lobend hervorgehoben wurde auch die bisherige Einmütigkeit“.⁸⁸ Die Gründung war bereits im Herbst 1978 vorbereitet worden. Auf Einladung der Frauen-Union trafen sich im Oktober 1978 rund 100 Vertreterinnen von zehn Leverkusener Frauenverbänden im Spiegelsaal von Schloss Morsbroich. „CDU-Ratsherrin Maria Stommel übernahm die Gesprächsleitung (...) und regte die Bildung einer Delegation an, die mit Oberbürgermeister Wilhelm Dopatka und Oberstadtdirektor Bruno Krupp erste Schritte bereden soll, damit die Frau endlich von den drei großen K (...) wekommt“.⁸⁹

Ein wichtiges Anliegen der ALF war in diesen Wochen die „Zufluchtsstelle für misshandelte Frauen“ – das spätere Frauenhaus, über dessen Einrichtung damals heftig debattiert wurde. Stadtplanung, Europa, Frauen und Wohnen waren Themenschwerpunkte in diesen Jahren. Ein sehr konkretes Projekt war eine verlängerte Parkerlaubnis am Abend vor der Villa Wuppermann. Eine Spendenaktion für traumatisierte Frauen aus Bosnien-Herzegovina erzielte 1993 eine Summe von 13.000 DM.⁹⁰ Die Arbeitsgemeinschaft stellte 1999 die Arbeit ein. Gründe dafür waren der Rückzug aktiver Politikerinnen aus Altersgründen oder durch Ortswechsel. Die Frauen konzen-

87 Courage – Berliner Frauenzeitung: „Frauenzentrum – was ist das eigentlich?“ (4/1979), Seite 42-43

88 Leverkusener Rundschau, 22. Juni 1979

89 Kölner Stadtanzeiger, 26. Oktober 1978

90 Kölner Rundschau, 9. September 1994

trierten sich wieder verstärkt auf die Arbeit in ihren eigenen Verbänden.

Immer mehr Frauen engagierten sich ab den 1970er Jahren in der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik. Waren sie zu selbstbewusst, so reagierte das männliche Umfeld mit den alten Verhaltensmustern der Vorväter. So erinnerte sich Hildegard Hamm-Brücher noch rund 60 Jahre später an die bayrischen Kommunalwahlen von 1948.

Thomas Dehler, ein ‚Brausekopf‘, der später Justizminister wird, fragt die junge Frau prompt: „Wollen Sie nicht für den Münchener Stadtrat kandidieren? Im Mai 1948 werden Kommunal-Wahlen stattfinden“. „Ich war sofort begeistert!“. Allerdings habe sie keine Ahnung, was man als Stadträtin tun müsse. Das mache gar nichts, beschwichtigt Dehler. „Gewählt werden Sie sowieso nicht.“⁹¹

Von München aus startete Hildegard Hamm-Brücher mit ihrer politischen Karriere bis zur Staatsministerin im Auswärtigen Amt von 1976 bis 1982. Ihr Prinzip: „Ich habe mir ganz einfach immer was gesucht, wo ich anpacken konnte.“⁹²

Wer hätte 1990 ahnen können, dass Kohls „Mädchen“ – so seine gönnerhafte „Anrede“ – einmal Bundeskanzlerin und eine der mächtigsten Frauen der Welt wird?⁹³

1992 bezeichnete Alt-Kanzler Helmut Kohl Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth als „auslaufendes Modell“ Der Grund: Süßmuth war als Kandidatin für das Amt der thüringischen Ministerpräsidentin im Gespräch, was Helmut Kohl unbedingt verhindern wollte.⁹⁴

Immer wieder wird intensiv darüber debattiert, wie sich Frauen stärker politisch engagieren und politische Ämter erhalten können. So führte Brandenburg als erstes Bundesland ein Paritätsgesetz ein und folgt damit europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien, Spanien oder Portugal.⁹⁵



„Niemand lacht ein Mädchen heute mehr aus, wenn es sagt, dass es Ministerin werden will.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin.

Angela Merkel: Rheinische Post, 13. November 2018

91 Hildegard Hamm-Brücher – Liberale und Journalistin“, in: Alice Schwarzer: Damenwahl. Vom Kampf um das Frauenrecht bis zur ersten Kanzlerin, Köln 2009, Seite 22 bis 29, Seite 27

92 Hildegard Hamm-Brücher – Liberale und Journalistin, Seite 22

93 <https://www.sueddeutsche.de/politik/merkels-spitznamen-von-kohls-maedchen-zur-ewigen-kanzlerin-1.3904881>, abgerufen am 10. März 2019

94 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686441.html>, abgerufen am 10. März 2019

95 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/frauenquote-politik-paritaet-gesetze/komplettansicht>, abgerufen am 16. März 2019

Übersicht über die Leverkusener Ratsfrauen⁹⁶

**Bergisch Neukirchen
(1945 bis 1975)
Keine Ratsfrauen**

**Hitdorf (1945 bis 1975)
Bis zur Eingemeindung
nach Monheim
1960 keine Ratsfrauen**

Opladen

Legislatur	CDU	SPD	FDP	KPD	Parteilos
1946 – 1948					
1948- 1952	Emmy Pouillon			Bernadine Altenbach	
1952 – 1956		Ingeborg Schrader			
1956 – 1961		Ingeborg Schrader Sieglinde Sauter			
1961 – 1964	Margarete Bitter	Hilde Munier-Schulz Ingeborg Schrader	Maria Tautz		
1964 – 1969		Herta Flamme Sieglinde Sauter			
1964 – 1969	Margarete Bitter	Charlotte Büschbell Sieglinde Sauter			

Archive:

⁹⁶ www.leverkusen.com, abgerufen am 21. Januar 2019

Wiesdorf

Legislatur	CDU	SPD	FDP	KPD	Parteilos
1946 – 1948	Margarete Rychlik Gertrud Schürmann				
1948- 1951			Bertha Middelhaue		
1951 – 1956	Gertrud Reisen Maria Stommel	Charlotte Mierbach	Bertha Middelhaue		
1956 – 1961	Elfriede Czekay Maria Stommel	Charlotte Mierbach Margot Schuhmann Marianne Zauter	Bertha Middelhaue		
1961 – 1964	Elfriede Czekay Maria Stommel Elisabeth Zons	Charlotte Mierbach Margot Schuhmann Marianne Zauter			
1964 – 1969	Elfriede Czekay Maria Stommel Elisabeth Zons	Charlotte Mierbach Marianne Zauter			
1969 – 1975	Elfriede Schütz Maria Stommel	Henny Hormann Gisela Kraft Charlotte Mierbach Marianne Zauter	Ilse Schmonsees		

Der Leverkusener Stadtrat ab 1975

Legislatur	CDU	SPD	FDP	Grüne	Parteilos
1975 – 1979	Elfriede Schütz Maria Stommel	Emilie Altenbach Elke Hoffmann Irmgard Mierbach Marianne Zauter	Ilse Schmonsees		
1979- 1984	Erika Öffling Elfriede Schütz Gesa Schwarz	Edith Brings Irmgard Mierbach Ellen Tolle	Lieselotte Lappe	Brigitte von Bonin	
1984 – 1989	Irmgard Goldmann Ursula Schmickler Gesa Schwarz Irmgard von Styp-Rekowski	Erika Freynik Gertrud Krettek Marianne Mertgen Irmgard Mierbach Renate Schumacher Ellen Tolle		Brigitte von Bonin Ute Scholz	
1989 – 1994	Irmgard Goldmann Ursula Schmickler Gesa Schwarz Irmgard von Styp-Rekowski	Erika Freynik Gertrud Krettek Marianne Mertgen Irmgard Mierbach Renate Schumacher Ellen Tolle	Hiltrud Meier-Engelen Margarete Wucherer	Brigitte von Bonin Marita Schmitz	
1994 – 1999	Irmgard Goldmann Karin Hebisch Christine Richerzhagen Gesa Schwarz Irmgard von Styp-Rekowski	Marlene Echterhoff Gertrud Krettek Gisela Michely Irmgard Mierbach Inge Schieling Sieglinde Sauter Ellen Tolle	Nicht im Rat vertreten	Roswitha Arnold Brigitte von Bonin Ute Scholz Dagmar Zündorf	Barbara Trampenau (Bürgerliste)
1999 – 2004	Ursula Behrendt Annegret Bruchhausen- Scholich Simone Frings Irmgard Goldmann Christine Krieg Christine Richerzhagen Gisela Schumann Gesa Schwarz Irmgard von Styp-Rekowski	Heike Bunde Marlene Echterhoff Annika Hungerberg Irmgard Mierbach	Hiltrud Meier-Engelen	Roswitha Arnold Marita Schmitz	Barbara Trampenau (Bürgerliste)

2004-09	Ursula Behrendt Annegret Bruchhausen-Scholich Christine Richerzhagen Gisela Schumann Irmgard von Styp-Rekowski	Marlene Echterhoff Ingrid Geisel Nina Lepsius Eva Lux	Monika Ballin-Meyer-Ahrens Agnes Pötz	Roswitha Arnold Marita Schmitz	Barbara Trampenau (Bürgerliste) Susanne Kutzner (Pro NRW) Ruth Tietz (Linke)
2009-14	Ursula Behrendt Annegret Bruchhausen-Scholich Christine Richerzhagen Gisela Schumann Irmgard von Styp-Rekowski	Marlene Echterhoff Ingrid Geisel Nina Lepsius Eva Lux	Monika Ballin-Meyer-Ahrens Agnes Pötz	Roswitha Arnold Marita Schmitz	Barbara Trampenau (Bürgerliste) Susanne Kutzner (Pro NRW) Ruth Tietz (Linke)
2014-20	Ursula Behrendt Annegret Bruchhausen-Scholich Christine Richerzhagen Gisela Schumann Irmgard von Styp-Rekowski	Heike Bunde Ingrid Geisel Milanie Hengst Nina Lepsius Andrea Luna Eva Lux Iris Springer	Monika Ballin-Meyer-Ahrens	Roswitha Arnold Zöhre Demirci	Barbara Trampenau (Bürgerliste) Malin Munkel (Opladen plus) Susanne Kutzner (Pro NRW) Nicole Kumpf (fraktionslos)



Seite 6: „ Die Führerinnen der Frauenbewegung in Deutschland.“
 Originalzeichnung von Adolf Neumann
 Bild von Seite 721 der Zeitschrift Die Gartenlaube, 1883.
 Seite 8: Wahlplakat der DVP 1920. Entwurf: Fritz Gottfried Kirchbach
 Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin (Inv.-Nr. P 74/1467)
 Seite 8/9: Schlange vor einem Wahllokal für die Wahl zur Nationalversammlung 1919.
 Foto: Gebrüder Haackel Deutsches Historisches Museum, Berlin (Inv.-Nr.: BA 97/8088.2)
 Seite 9: Wahlplakat der DDP 1919.
 Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin (Inv.-Nr.: P 2013/370)
 Seite 13/ 27/28: Fotoalbum Familie Conrads/ Gabi Randerath
 Seite 14: Hotel Jansen in Opladen. Foto: KulturStadtLev-Stadtarchiv
 Seite 15: Wiesdorfer Hof. Foto: KulturStadtLev-Stadtarchiv
 Seite 22: Aufruf der SPD – Wahlen zur Nationalversammlung Foto: SPD/AdsD
 Seite 30: Wahlplakat der DNVP vom Juli 1932 Herausgeber: Verlag der Deutschnationalen
 Schriftenvertriebsstelle GmbH Druck. Edmund Gaillard GmbH
 Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin (Inv.-Nr.: P 86/516)
 Seite 40/41: Rathaus Leverkusen, Foto: KulturStadtLev-Stadtarchiv,
 Christine Blasberg, ©ArTo - stock.adobe.com

Archiv der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
 Deutsches Historisches Museum, Berlin
 KulturStadtLev-Stadtarchiv Leverkusen
 Stadtarchiv Halle (Saale)

Zeitungen/Zeitschriften:

Bergische Arbeiterstimme
 Berliner Taggeblatt
 Courage
 Kölnische Rundschau
 Leverkusener Anzeiger
 Rheinische Post
 Opladener Zeitung

Literatur

Christine Blasberg: Spurensuche – Frauenleben in Leverkusen, Leverkusen 2005

Hedwig Dohm: Der Frauen Natur und Recht. Abgerufen bei <http://gutenberg.spiegel.de/buch/der-frauen-natur-und-recht-4775/1> abgerufen am 16. November 2018.

Reinhold Braun: 125 Jahre SPD Leverkusen, Leverkusen 1994

Andreas Braune, Mario Hesselbarth (u.a) (Hg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917 – 1922. Neue Wege zu Frieden. Demokratie und Sozialismus, Stuttgart 2018

Irene Franken: Frauen in Köln. Der historische Stadtführer, Köln 2008

Jürgen Frölich: Friedrich Naumann und die Anfänge liberaler Frauenpolitik. 100 Jahre Frauenwahlrecht. Zitiert nach: <https://www.freiheit.org/friedrich-naumann-und-die-anfaenge-liberaler-frauenpolitik>, abgerufen am 16. November 2018

Bernd Hüttner/Axel Weipert (Hg.): Emanzipation und Enttäuschung. Perspektiven auf die November-Revolution 1918/19, Bremen/Berlin 2018

Kölner Frauengeschichtsverein (Hg.): 10 Uhr pünktlich Gürzenich. 100 Jahre bewegte Frauen in Köln, Münster 1995

Helmut Knapp: 150 Jahre Evangelische Kirche zu Schlebusch, Leverkusen 2003,

KulturStadtLev/Stadtarchiv Leverkusen (Hg.): Leverkusen- Geschichte einer Stadt am Rhein, Leverkusen 2005

Peter Longerich: Deutschland 1918 bis 1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995

John Stuart Mill: Die Hörigkeit der Frau. Abgerufen bei www.gutenberg.spiegel.de am 11. November 2018.

Dr. Gert Nicolini: Die Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen in Wiesdorf von 1919 bis 1930, Leverkusen 2010

Dr. Gert Nicolini: Die Stadtverordnetenversammlungen in Opladen von 1919 bis 1933, Leverkusen, Leverkusen 2012

Hilla Peetz (Hg.): „Nicht ohne uns!“. Arbeiterbriefe, Berichte und Dokumente zur chemischen Industrialisierung von 1760 bis heute, Frankfurt/Main 1982

Alice Schwarzer: Damenwahl. Vom Kampf um das Frauenrecht bis zur ersten Kanzlerin, Köln 2009

Ulrich S. Soénius (Hg): Leverkusener Wirtschaftsgeschichte, Neustadt an der Aich 2018

Klaus Tenfelde/Karl-Otto Czikowsky u.a. (Hg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayerkonzerns, Essen 2007

Heinrich August Winkler: Weimar 1919 -1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993

Kerstin Wolff: Unsere Stimme zählt: Die Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts, Überlingen 2018

